

ZUR VERÖFFENTLICHUNG BESTIMMT

34/4.1

**Vortrag an den Ministerrat
betreffend den informellen ECOFIN-Rat
am 7. und 8. September in Wien**

Der informelle ECOFIN hat am Freitag mit einem Arbeitsmittagessen begonnen, bei dem die Errungenschaften der Europäischen Investitionsbank sowie künftige Herausforderungen im Mittelpunkt der Diskussion standen. In der ersten Arbeitssitzung haben sich die Finanzminister/innen gemeinsam mit den Gouverneuren der Notenbanken mit Fragen zu den Auswirkungen steigender Zinsen auf die Finanzstabilität sowie dem Potenzial und Risiken von Krypto-Assets befasst. Die Schwerpunkte der beiden Arbeitssitzungen am Samstag betrafen die EK-Vorschläge zum InvestEU-Programm, zur Einführung eines Reformhilfeprogrammes und einer Investitionsstabilisierungsfunktion sowie die weitere Vorgangsweise im Zusammenhang mit der Besteuerung der digitalen Wirtschaft.

In der Euro-Gruppe hat erstmals eine Aussprache mit dem ECON-Vorsitzenden Roberto Gualtieri in diesem Format stattgefunden; dabei hat der ECON-Vorsitzende insbesondere die Notwendigkeit eines ambitionierten Fahrplans hinsichtlich der weiteren Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) betont. Weitere Themen betrafen die thematische Diskussion zur Effizienz der Arbeits- und Produktmärkte sowie die erfolgreiche Prüfmission in Portugal im Rahmen der Post-Programm Überwachung.

Nach der Euro-Gruppe hat eine Sitzung der Finanzminister/innen im inklusiven Format stattgefunden, in deren Rahmen der weitere Fahrplan zur WWU-Vertiefung im Hinblick auf den für Dezember geplanten Euro-Gipfel festgelegt wurde. Dabei wurde vereinbart, dass sich die Minister/innen zunächst mit den Details und Modalitäten zur Weiterentwicklung des ESM und dann, u.a. auch bei einem zusätzlichen Treffen im November, mit der Ausarbeitung einer Roadmap für den Beginn politischer Verhandlungen über die Errichtung eines Europäischen Einlagensicherungssystems befassen sollen.

Thematische Diskussion zu Wachstum und Beschäftigung: Effizienz der Arbeits- und Produktmärkte

Im Rahmen der thematischen Diskussion zu Wachstum und Beschäftigung hat sich die Euro-Gruppe auf Basis einer Analyse der EK sowie einer Präsentation durch den Wirtschaftsnobelpreisträger Prof. Pissarides diesmal mit der Frage befasst, wie die Effizienz von Arbeits- und Produktmärkten erhöht werden kann. Dabei haben die Minister/innen die Bedeutung von Investitionen in Humankapital hervorgehoben, um angemessen auf neue technologische Herausforderungen reagieren und die Widerstandsfähigkeit der Wirtschaft stärken zu können. Wiewohl anhand der EK-Analyse gezeigt wurde, dass in den meisten Mitgliedstaaten (darunter auch in Österreich) zwischen 2000 und 2014 die Allokation von Arbeit verbessert werden konnte, ist sich die Euro-Gruppe dahingehend einig, dass die Anstrengungen fortgesetzt werden müssen.

Europäische Investitionsbank (EIB): Errungenschaften und künftige Herausforderungen

Im Rahmen des Arbeitsmittagessens haben sich die Finanzminister/innen einerseits mit der Rolle der EIB bei der Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung und andererseits mit den künftigen Herausforderungen der Bank befasst. Dabei wurden u.a. Fragen betreffend den finanziellen Mehrwert von EIB-Darlehen, die (Re-)Organisation des Equity Business sowie die Aufsicht der Bank thematisiert. Bereits im Juli wurde vom Verwaltungsrat eine Reihe konkreter Maßnahmen zur Verbesserung der Governance vereinbart, die von der Bank nun umgesetzt werden müssen. Es ist geplant, die Arbeiten auf technischer Ebene fortzusetzen; außerdem ist daran gedacht, dem ECOFIN-Rat im Dezember einen Fortschrittsbericht vorzulegen.

Auswirkungen steigender Zinsen auf die Finanzstabilität

Bei der ersten Arbeitssitzung mit den Gouverneuren der Notenbanken wurden auf Basis eines Issues Paper der Präsidentschaft sowie einer Analyse des Centre for European Policy Studies (CEPS) zunächst die möglichen Auswirkungen und etwaige Risiken des zu erwartenden Anstiegs der Leitzinsen diskutiert. Seitens CEPS sowie der ebenfalls vertretenen Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) wurde betont, dass der Finanzsektor durch die in den vergangenen Jahren erfolgten Reformen deutlich sicherer geworden ist und die Normalisierung der Geldpolitik die Stabilität des Banken- und Versicherungssektors im Wege höherer Zinserträge zudem stärken könnte. Gewisse Risiken resultieren laut CEPS aus der nach wie vor hohen öffentlichen und/ oder privaten

Verschuldung in einzelnen Mitgliedstaaten. Die Finanzminister/innen haben die Sichtweise von CEPS und der BIZ weitgehend geteilt; in einigen Wortmeldungen wurde betont, dass sich die Mitgliedstaaten durch weitere Strukturreformen und Konsolidierungsmaßnahmen in den öffentlichen Budgets auf die Normalisierung der Geldpolitik vorbereiten müssten.

Wirtschaftliches Potenzial und Risiken von Krypto Assets

Im Anschluss wurde die Frage erörtert, ob und inwieweit Krypto-Assets bzw. die zugrundeliegende Technologie Anpassungen am bestehenden regulatorischen sowie aufsichtsrechtlichen Rahmen der EU erforderlich machen. Diskussionsgrundlage waren, neben der Issues Note der Präsidentschaft und einem Papier von Bruegel, auch Beiträge seitens der Industrie und der Wissenschaft. Vor dem Hintergrund möglicher Risiken in Bezug auf Geldwäsche, Steuertransparenz und Konsumentenschutz wurde in praktisch allen Wortmeldungen betont, dass eine Regulierung von Krypto-Assets jedenfalls notwendig sei und diese sowohl auf EU-Ebene als auch im internationalen Kontext möglichst einheitlich erfolgen sollte. Mehrfach wurde auch betont, dass eine Überregulierung vermieden werden müsse, damit das Potenzial innovativer Finanzinstrumente voll ausgeschöpft werden kann. Die EK hat darüber informiert, dass sie derzeit gemeinsam mit den EU-Aufsichtsbehörden das bestehende EU-Regelwerk hinsichtlich dessen Anwendbarkeit auf Krypto-Assets überprüft und der ECOFIN-Rat bis Jahresende über die Ergebnisse informiert werden soll.

Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion im Rahmen des Mehrjährigen Finanzrahmens 2021 – 2027

Anlässlich der zweiten Arbeitssitzung haben sich die Finanzminister/innen, ebenfalls auf Basis von Issues Notes der Präsidentschaft, mit den EK-Vorschlägen zum InvestEU-Programm sowie zur WWU-Vertiefung (Reform Support Programme - RSP; European Investment Stabilisation Function - EISF) befasst.

Durch das InvestEU-Programm sollen, aufbauend auf den positiven Erfahrungen mit dem Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI) rund 650 Mrd. Euro an zusätzlichen öffentlichen und privaten Investitionen mobilisieren werden. Vor dem Hintergrund der Fragen im Issues Paper bezogen sich die Wortmeldungen vor allem auf die Öffnung des Zugangs zur EU-Garantie für nationale Entwicklungs-/ Förderbanken und internationale Finanzinstitutionen, die Sicherung des Zugangs auch für kleine Entwicklungs-/ Förderbanken sowie die „Arbeitsteilung“ zwischen EK und EIB bei der Projektevaluierung. Im Zuge der ausführlichen Diskussion ist es gelungen, zu allen kontroversiellen Fragen eine

Annäherung zwischen den Mitgliedstaaten zu erzielen und Guidance für die weiteren technischen Arbeiten zu geben.

Im Rahmen des RSP (in der Höhe von 25 Mrd. Euro bis 2027) sollen Mittel zur technischen Unterstützung und Umsetzung von Strukturreformen sowie zur Heranführung von Mitgliedstaaten im Hinblick auf den Beitritt zur Euro-Zone bereitgestellt werden. Mit Hilfe der EISF (mit einem maximalen Darlehensvolumen von 30 Mrd. Euro) sollen asymmetrische Schocks abgefedert werden. Der Meinungsaustausch zum RSP hat gezeigt, dass es für gewisse Elemente, insbesondere in Bezug auf die technische Hilfe, breite Unterstützung gibt, bei den anderen Komponenten hingegen noch erheblicher Analysebedarf besteht. Mit noch schwierigeren Diskussionen ist hinsichtlich der Errichtung einer EISF zu rechnen, bei der neben dem Vorschlag der EK auch die deutsch-französische Initiative zur Schaffung einer europäischen Arbeitslosenrückversicherung aus der Meseberg Erklärung eine wichtige Rolle spielt.

Faire Besteuerung der digitalen Wirtschaft

Unter diesem TOP hat schließlich ein Meinungsaustausch zu den von der EK am 21. März vorgelegten Legislativvorschlägen stattgefunden, wobei sich die Minister/innen insbesondere mit der temporären Digitalsteuer auf Erträge aus der Erbringung bestimmter digitaler Dienstleistungen befasst haben. Dabei haben die Mitgliedstaaten das Vorhaben der Präsidentschaft, bis Jahresende eine Einigung über diese kurzfristige Lösung zu erzielen, ausdrücklich unterstützt. Gleichzeitig wurde mehrfach gefordert, dass die auf OECD-Ebene laufenden Arbeiten mit dem Ziel einer baldigen globalen Lösung weiter vorangetrieben werden sollen. Um Rechtssicherheit und Kohärenz sicherzustellen, wurde außerdem die

Idee einer „Sunset Clause“ in die Diskussion eingebracht, wonach die geplante temporäre EU-Regelung wieder außer Kraft gesetzt werden soll, sobald eine Einigung über eine dauerhafte, globale Lösung erzielt worden ist.

Ich stelle den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

31.Oktober 2018

Bundesminister für Finanzen

Löger